

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage 'Die Neue Welt' 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Ingetragenen in der Post-Zeitungspreisliste für 1901 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-gebühren betragen für die sechsgepaltene Kotontafel oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., kleine Anzeigen jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 11 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresser: Socialdemokrat Berlin

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 3. September 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3. Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

## Der Wuchertarif und die Verpflegung der Wehrmacht.

Zwar brachte über obiges Thema schon ein süddeutsches bürgerliches Blatt einige Ausführungen, aber dieselben waren so oberflächlich, daß wir uns mit der Sache eingehender befassen wollen. An tierischen Produkten erhält der deutsche Soldat hauptsächlich Ochsenfleisch und Speck. Wir müssen daher vor allem feststellen, wie weit diese beiden Nahrungsmittel durch den neuen Tarif verteuert werden.

Zunächst zum Ochsenfleisch. Bisher betrug der Zoll für einen Ochsen 25,50 Mk., künftig sollen für je einen Doppelcentner Lebendgewicht 12 Mk. bezahlt werden. Ein lebender Schlachtkopf II. Qualität wiegt 9 Doppelcentner, somit ergäbe sich für ihn ein Zoll von 108 Mk., also mehr gegen bisher 82,50 Mk. Nun schlägt aber der Metzger aus einem solchen Ochsen nur 9 Centner Fleisch heraus, das heißt, er hätte beim Einkauf für 9 Centner Ochsenfleisch um 82,50 Mk. mehr als früher zu zahlen. Die klare Folge ist, daß auch das Pfund Ochsenfleisch II. Qualität um 9 Pfennige teurer würde. Die Fleischer haben in ihrer Hochzeitung diese Preissteigerung sogar auf mindestens 10 Pfennige angegeben.

Was den Speck betrifft, so wird durch den Wuchertarif der Preis des Pfundes um 7 1/2 Pf. erhöht, wie in Nummer 176 des „Vorwärts“ bereits nachgewiesen ist.

Nun sind von 1901 ab, wo die Heeresstärke bis auf weiteres die im Jahre 1899 festgesetzte Höhe erreichen wird, zu verpflegen: 495 500 Obergefreite, Gefreite und Gemeine, ca. 60 000 unverheiratete Unteroffiziere, 80 000 Angehörige der Marine. In Summa rund 635 000 Mann. Die Ernährung dieser Leute wollen wir, damit und ja niemand Ueberreizung vorweisen kann, wesentlich schmäler annehmen, als sie z. B. in der bayerischen Armee üblich ist. Während in dieser fast täglich Ochsenfleisch, an Sonn- und Festtagen sogar Schweinebraten verabreicht wird, nehmen wir an, daß unsre 635 000 Mann nur an 200 Tagen im Jahre Ochsenfleisch und an 165 Tagen Speck erhalten. Ein Pfund Ochsenfleisch reicht ungefähr für 3 Mann aus (vorchristliche Ration pro Kopf 180 Gramm, daher beträgt der Ochsenfleischkonsum der Armee und Marine an einem Tage 195 000 Pfund.

Da das Pfund um 9 Pf. teurer werden soll, würden sich die Mehrkosten pro Tag auf 17 550 Mk. belaufen, daher für 200 Tage 3 510 000 Mk.

Ein Pfund Speck ferner genügt für 6 Mann. Infolgedessen beläuft sich der Speckverbrauch für 635 000 Mann an einem Tage auf 117 000 Pfund. Die Mehrbelastung des Speckes nur zu 7 statt 7 1/2 Pfennigen festgesetzt, resultiert eine tägliche Mehrausgabe von 8190 Mk. Daher für 165 Tage ein Mehraufwand von 1 351 350 Mk. In Summa beziffern sich also die Mehrkosten für Fleisch und Speck allein auf 3 510 000 + 1 351 350 = 4 861 350 Mk.

Man wird uns hier vielleicht entgegenhalten, daß die Soldaten doch ab und zu mit Konserven versorgt würden. Gewiß, aber die Konserven spielen wenigstens beim Landheer nur eine nebensächliche Rolle und außerdem wird ihr Preis durch den Wuchertarif ebenfalls sehr in die Höhe gedrückt werden.

Gehen wir nun zu den in der Kaserne üblichen Suppen-Einlagen, nämlich Getreide, Getöse, Graupe, Äber. Diese Produkte waren bisher mit 7,50 Mk. pro Doppelcentner zu verzehren, künftig sollen 10 Mk., also 30% mehr zu bezahlen sein. Der Centner würde daher um 4,35 Mk. und das Pfund um 4 1/3 Pf. teurer werden. Nehmen wir die Preissteigerung jedoch nur mit 4 Pf. pro Pfund an. Ein Pfund Getreide z. B. genügt für 6 Mann. Der Tageskonsum von 635 000 Mann beläuft sich daher auf 117 000 Pfund. Daher pro Tag Mehrkosten 4680 Mk. und pro Jahr 1 708 200 Mk.

Nun zum Brot! Der Mann erhält im allgemeinen nur Roggenbrot und zwar im Tag 750 Gramm. Für den Doppelcentner Roggen war bisher ein Zoll von 3,50 Mk. normiert, der durch den Wuchertarif auf 6 Mk. getrieben werden soll. Der Doppelcentner Roggen steigt somit um 2,50 Mk., der Centner um 1,25 Mk. im Preise. Aus einem in Mehl umgearbeiteten Centner Roggen können aber 92 Pfund Brot hergestellt werden, also wird das Pfund Brot um 1,36 Pf. verteuert. Der Tagesbedarf an Brot für 635 000 Mann ergibt 877 500 Pfund, somit eine Mehrbelastung von 11 834 Mk. täglich. Daher im Jahre 4 355 910 Mk. Wir sehen also, daß nach Einführung des Wuchertarifs für Fleisch, Speck, Suppeneinlagen und Brot allein 10 925 460 Mk. jährlich mehr verausgabt werden müßten.

Gehen wir nun zur Verpflegung der Pferde über. Die deutsche Armee weist etwa 115 000 Pferde auf, die auf Kosten des Staates gefüttert werden. Das hier in Betracht kommende Getreide ist der Hafer, für den bisher ein Zoll von 2,80 Mk. zu entrichten war. Der Wuchertarif fordert 6 Mk., also um 3,20 Mk. mehr. Die Pferde der Generale, der höheren Stäbe, der schweren Reiterei, der Feldartillerie erhalten täglich 5,5 Kilogramm Hafer, jene der Mannen 3,1 Kilogramm, die der übrigen Waffenzüge 4,5 Kilogramm. Rechnet man im Durchschnitt pro Pferd 5 Kilogramm, so ist der Tagesbedarf der ganzen Armee 575 000 Kilogramm = 5750 Doppelcentner. Somit eine tägliche Mehrausgabe von 18 400 Mk. und eine jährliche von 6 718 000 Mk.

Resümieren wir: Der Wuchertarif würde eine jährliche Kostensteigerung fordern für:  
Fleisch, Speck, Brot und Suppeneinlagen 10 925 460 Mk.  
Hafer . . . . . 6 718 000  
Summe 17 643 460 Mk.

Nun ist aber wohl zu bedenken, daß in dieser Summe durchaus nicht alle Mehrausgaben, die der Wuchertarif zur Folge haben wird, so haben wir

die Verpflegung der 150 000 Reservisten und Landwehrlaute, die alljährlich auf mehrere Wochen eingezogen werden, nicht berücksichtigt. Ferner blieb auch die Preissteigerung für Kochfette, für Felle, für Leder, für die kolossalen Konservenvorräte, die in den Festungen und Magazinen aufgestapelt werden müssen, außer Betracht. Alles in allem dürfte der Wuchertarif die Erhaltung der deutschen Wehrmacht mindestens um 20 Millionen Mark jährlich verteuern.

Woher aber soll dieses Geld kommen? Will man es den Soldaten am Bande absparen und sie noch länger verpflegen als bisher? Oder sollen dem deutschen Volk zu den Lasten, die ihm der Wuchertarif ausbürden würde, auch noch Extrasteuern beschert werden? Man wird uns vielleicht entgegenhalten, daß die Zoll-erhöhungen vermehrte Reichseinnahmen zur Folge hätten und sich damit die Mehrkosten der Armee z. B. leicht decken ließen. Mit Verlaub, hat nicht der Herr Reichkanzler ausdrücklich versprochen, daß die Mehreinnahmen des neuen Tarifs der Witwen- und Waisenversorgung der unteren Klassen zuzuführen seien? Daß Soldaten aber keine Witwen und keine kleinen hilflosen Waisenkinder sind, bedarf wohl keines Beweises.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. September.

### Zollwucher.

Die „Konservative Korrespondenz“ sucht wiederholt die Regierung zur Kündigung der Handelsverträge vor Erledigung des neuen Tarifentwurfs zu überreden. Sie versucht die wahren Ziele dieses Verlangens durch erdichtete Uebersetzungen zu verhallen und äberträgt durch die wahrhaft ergößliche Erklärung, daß es sich ihr nur um „neue, bessere Tarifverträge“ handle. Die Partei der Brodwucherer nimmt die Maske des Friedens vor den Kopf und geht also die vollendete Unschuld ihrer Absichten:

„... läßt die Regierung vor oder während der Verhandlung der Tarifvorlage keinen Zweifel darüber, daß sie aus all den dargelegten Mängeln, gerade um zu neuen, besseren Tarifverträgen zu gelangen, die bisherigen Tarifverträge kündigen müsse, gleichgültig, ob diese Kündigung auch von der andern Seite komme oder nicht, so wird für die verbindlichen Freiwilligen der wichtigste Grund für ihre Verzögerungspolitik wegfallen. Sie werden sich unter solchen Umständen nicht neuen Handelsverträgen in den Weg stellen wollen und selbst die Socialdemokraten werden sich wohl bestimmen, ehe sie sich dann von allen Seiten als die Behinderer neuer Handelsverträge brandmarken lassen, nachdem sie inzwischen zu den Lobpreisen der alten Verträge gehört haben.“

Kommt die neue Tarifvorlage nicht zu stnde, so würden eben mit dem Ende der bisherigen Tarifverträge die Zollsätze unseres bisherigen Generaltarifs in Geltung treten. Diejenigen linksliberalen Politiker, denen nur der ausländische Import am Herzen liegt, müssen überlegen, daß damit keine günstigeren Einfuhrbedingungen gegeben sein würden, als sie mindestens der neue Zolltarif ebenfalls bringen würde. Aber unserm Exporthandel würden die Bedingungen seiner Sicherung vollständig genommen sein.

Die Regierung würde es also in der Hand haben, die Opposition der Linken gegen die neue Zolltarifvorlage zu zähmen, indem sie alle Gründe dorthin, aus denen auf jeden Fall eine Kündigung aller bisherigen Verträge notwendig ist und diese Kündigung in unausbleibliche Aussicht stellt.“

Das Organ der Konservativen erbetet sich also urplötzlich als eifriger Freund von Handelsverträgen, während es bisher hieß: Hohe Mindestzölle auf alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse und alles andre mag gehen, wie es will.

In Wahrheit hat natürlich das Agrariertum diese Wuchertarife auch nicht um ein Jota aufgegeben. Nur die Furcht, daß es der Zollopposition gelingen könnte, den neuen Wuchertarif zu werfen oder seine Befestigung auf lange Zeit zu verzögern, treibt sie zu der Forderung der vorzeitigen Kündigung der jetzigen Handelsverträge. Denn werden die Handelsverträge vorzeitig gekündigt und kommt kein neues Tarifgesetz zu stnde, so tritt der Generaltarif in Kraft, dessen hohe Zollsätze für Getreide-Erzeugnisse den Agrariern immerhin ein willkommenes Surrogat für den von ihnen erstrebten neuen Mindesttarif bieten würden. Doch der Generaltarif zugleich den Zollkrieg mit allen anderen Ländern bedeuten würde, das kann die Freunde der Agrarier an ihrem reizvollen Plan nur steigern. Ob aber die Regierung des Grafen Bülow sich stark genug dünkt, sich in das ihr empfohlene handelspolitische Chaos zu stürzen — diesen Wagemut darf man ihr denn doch nicht unterstellen. Bisher haben die Oßzöbsten bereit Forderungen der Agrarier zurückgewiesen.

### Im Ausland

erscheint die handelspolitische Situation andauernd als höchst bedenklich und gefährlich. Wie stark die Beschränkungen sind, zeigt ein Artikel des „Fremdenblatt“, des österreichischen Regierungsvorgans, das aus der bevorstehenden Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem Zaren Hoffnungen schöpft, daß die durch die deutsche Zollpolitik herausgeschworene Gefahr gemildert und beseitigt werden könne. Das offiziöse Blatt fahrt aus:

„Wir erblicken in der Danziger Kaiserentrevue ein Ereignis, welches geeignet ist, den Völkern Europas das lothbare Ziel des Friedens weiter zu erhalten, und begrünen mit Freunden dieses Reiches der ungestörten guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland. Vielleicht wird nun die Harmonie in der Politik, welche zwischen diesen beiden Reichen waltet, einen Einfluß in der wirtschaftlichen Fragen herbeiführen, vielleicht wird die Kaiser-Zusammenkunft in Danzig nicht nur für den politischen, sondern auch für den wirtschaftlichen Frieden Früchte tragen. Das Problem der Handelsverträge beschäftigt heute die ganze Welt, und es wäre zu wünschen, daß die Gefahren, welche diesem handelspolitischen

System drohen, verschwinden würden. Der russisch-deutsche Handelsvertrag war der Schlüsselstein der captrischen Handelspolitik, und er war von der größten Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Industrie. Kein andres Land steht sich aber in seinen ökonomischen Interessen durch den deutschen Zolltarifentwurf mit seinen hohen Getreidezöllen so sehr gefährdet wie Rußland, und mag auch der Bismarcksche Grundsatz, daß politische Freundschaft und wirtschaftliche Feindschaft mit einander vereinbar seien, auf Richtigkeit beruhen, so haben sich doch gerade die politischen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland in bedeutendem Maße gebessert, seitdem die wirtschaftliche Annäherung erfolgt. Auch wirtschaftliche Gegensätze sind, wenn nur der gute Wille vorhanden ist, nicht unüberwindlich, und so mag dem viel leicht auch für die Frage der Handelsverträge die Kaiser-Zusammenkunft bei Danzig nicht ohne Wichtigkeit sein.“

Wir sind weit davon entfernt, den handelspolitischen Wert von Kaiserbegrißungen höher anzuschlagen als ihren politischen Wert. So wenig derartige monarchische Demonstrationen und Freundschafts-bekundungen den ungeschwächtesten Mißstand der Staaten ändern, so wenig können sie die wirtschaftlichen Gegensätze innerhalb der einzelnen Völker und unter den verschiedenen Völkern beeinflussen. Die Ausführungen des österreichischen Blattes sind nur dadurch bedeutungsvoll, daß sie unverhohlen die Gefahr betonen, die dem gesamten gegenwärtigen System der handelspolitischen Beziehungen unter den Völkern durch die Pländerungsgelüste der deutschen Agrarier droht.

### Protestkundgebungen.

Aus Dresden wird uns berichtet: 22 Volks-Protest- Versammlungen gegen den Hungertarif fanden hier und in der Umgegend am Sonnabend statt. In der kolossalen Beteiligung der Arbeiterschaft, und auch des Bürgertums an dieser Kundgebung — es mögen sich weit mehr als 20 000 Menschen als Zuhörer eingefunden haben — und in der begeisterten Zustimmung der Versammlungsbesucher zu den Ausführungen der Referenten zeigte sich die steigende Erregung und Entrüstung des sächsischen Volkes gegen die geplante Lebensmittelverteuierung in nicht mißzuverachtender Weise. Auffallend zahlreich waren Frauen in den Versammlungen vertreten. In allen Versammlungen wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 31. August 1901 Versammelten protestieren auf das entschiedenste gegen den geplanten Brodwucher, erblicken in dem neuen Zolltarif eine schwere Gefährdung der für das Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft unbedingt notwendigen und deshalb fortzuzehenden Handelsvertragspolitik und versprochen, mit allen Kräften die Petitionsbewegung gegen den Brodwucher zu fördern.“

Gegner meldeten sich in den Versammlungen nicht zum Wort. Den Hungertarif Auge in Auge dem Volke gegenüber zu verteidigen, wagt man nicht. Seit der Kundgebung gegen die Justizhausvorlage hat die Dresdener Einwohnerschaft eine demütig profanartige Demonstration wie die am Sonnabend nicht wieder gesehen.

Rüge den Hungertarif das Schicksal der Justizhausvorlage ereilen!

Wiederum haben zahlreiche Handelskammern, so die von Bremen, Mannheim, Magdeburg Proteste gegen die Zolltarifvorlage beschossen.

Eine Versammlung der Leder-Industriellen, die aus allen Teilen Deutschlands stark besucht war, hat am Montag in Berlin gegen und folgende dem Bundesrat zu unterbreitende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, den 2. September 1901, im Hotel Kaiserhof-Berlin versammelten Leder-Industriellen, Schuh-, Treibriemen- und Lederwaren-Fabrikanten, Häute-, Leder- und Schuhhändler protestieren gegen die im Zolltarif-Entwurf vorgesehenen Gerbstoffzölle.“

Aus dem von der Regierung gesammelten umfangreichen Material selbst geht hervor, daß der durch Einführung der Gerbstoffzölle einer kleinen Anzahl von deutschen Rindenerzeugern etwa erwachsende Nutzen nur ganz gering sein kann, während andererseits der unseren Lederindustrien zugefügte Schaden ein ganz enormer sein würde. Um so unbegreiflicher ist es, daß die verantwortlichen Mitglieder der Regierung leichten Herzens dem Drängen der Agrarier nachgeben konnten, wo doch nachweisbar von den in den letzten Jahren in Deutschland verbrauchten Gerbstoffmengen dem Gewicht nach nur ca. ein Drittel, dem Procentsatz des Gerbstoffgehalts nach sogar nur ein Zehntel im Inlande gewonnen wurde.

Eine künstliche Verteuierung der Gerbstoffe mit die Vertehrung des bedeutenden Lederexports zur Folge haben, da bei einer Verteuierung der Produktion der Konkurrenz auf dem Weltmarkt mit dem billiger produzierenden Auslande fortan ausgeschlossen wäre. Der Export hat im Jahre 1899 die Höhe von 71 Millionen 587 000 Mark in Leder und 85 Millionen 298 000 Mark in Lederwaren erreicht. Ein Aufhöben dieser Ausfuhr würde notwendigerweise zu einem ungeheuren Ueberangebot und damit zu einem verhängnisvollen Konkurrenzkampf auf dem inneren Markt führen, welchen in erster Reihe der kleine, kapitalistische Gerber erliegen müßte. Und gerade diesen glaubt man mit den einzuführenden Gerbstoffzöllen schützen zu können. Aber die Vertehrung der Gerbstoffe muß auch zur Erhöhung der Lederpreise und damit der Lederwaren- und Schuhpreise führen, wodurch eine schwere Belastung weicher Volksschichten für diesen unentbehrlichen Verbrauchsgegenstand entsteht.

Aus allen diesen Gründen verlangen die heute versammelten Interessenten der Leder- und Lederwaren-Industrien, zugleich in Wahrung der Interessen der in ihren Betrieben beschäftigten, nach vielen Tausenden zählenden Arbeiter und Angestellten, von den gesetzgebenden Körperschaften die vorgeschlagene Einführung eines Zolles auf Gerbstoffe abzulehnen. Sie protestieren dagegen, daß ihre Industrien als Verbrauchsobjekt für die volkswirtschaftlich falsche Maßregel der Zollbelastung unentbehrlicher Rohstoffe gebraucht werden sollen.“













